

Wien, Mittwoch, den 16. Mai 1923.

Die Wünsche der Gemeindefür Warenumsatzsteuer. Gestern waren im Wiener Rathause die Mitglieder des großen Ausschusses des Deutschösterreichischen Städtebundes versammelt, um über die Wirkungen der Warenumsatzsteuer auf die Lieferungen und Leistungen der Gemeinden zu beraten. Unter dem Vorsitz des Obmannes Bürgermeisters Reumann hielt Senatsrat Dr. Anton Schwarz (Wien) ein ausführliches Referat über den Gegenstand. Er betonte vor allem, daß in den bisher erschienenen Vorschriften über die Warenumsatzsteuer des Bundes mehrfach vorgesehen ist, daß für gewisse Lieferungen und Leistungen öffentlich rechtlicher Gebietskörperschaften, die in Erfüllung der diesen gesetzlich obliegenden öffentlichen Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und des Friedhofswesens vorgenommen werden, ferner für Lieferungen und Leistungen humanitärer Natur eine Befreiung der autonomen Gebietskörperschaften von der Warenumsatzsteuer entweder vom Finanzminister oder von den Steuerbehörden des Bundes zugestanden werden kann. Abgesehen von diesem Fällen bieten die gesetzlichen Bestimmungen auch die Möglichkeit, für sonstige von einer Gemeinde - wenn auch gegen Entgelt und ohne gesetzlichen Zwang - vollzogene Lieferungen und Leistungen, die Befreiung zugestanden zu erhalten, wenn seitens der Steuerbehörden anerkannt wird, daß diese Tätigkeiten nicht auf Erzielung von Gewinnen, sondern im allgemeinen öffentlichen Interesse erfolgen. Während in die erste Gruppe alle Lieferungen und Leistungen gehören, die in das Gebiet des Beerdigungs- und Sanitätswesens, teilweise auch in das Gebiet des Marktwesens und der von den Gemeinden errichteten humanitären Anstalten fallen, haben die Gemeinden aber auch ein großes Interesse, daß auch Anstalten, in die von den Gemeinden Kinder oder sonstige pflegebedürftige Personen untergebracht werden, von der Warenumsatzsteuer befreit werden. Zur zweiten Gruppe gehören das Bäderwesen, gewisse Leistungen auf dem Gebiet der Feuerpolizei, wie periodische Feuerwachen in Theatern, Fabriken u. s. w. gegen Einhebung von Gebühren, Krankentransporte, Vornahme von Reparaturen an Gemeindegewässerleitungen, Beistellung von Kühlanlagen, Verkauf des in der Gemeindegewirtschaft nicht mehr benötigten Altmaterials, die Besorgung der Kanalaräumung gegen Gebühren, Verleihung von Gemeindegewässern und Maschinen, wie Strassenwalzen an Privats u. s. w. Bei den meisten dieser Leistungen reichen die Gebühren oft nicht zur Deckung der Selbstkosten hin und spielen gegenüber dem Hauptzwecke der Förderung öffentlicher Interessen nur eine nebensächliche Rolle. Die Ausführungen des Referenten gipfelten in folgenden Anträgen an den Bundesminister für Finanzen: Die Finanzverwaltung des Bundes anerkennt grundsätzlich, daß sie von den Gemeinden in Erfüllung der ihnen obliegenden öffentlichen Aufgaben vollzogenen Lieferungen und Leistungen auch dann, wenn aus Anlaß solcher von den Empfängern in irgendeiner Art direkt oder indirekt Gebühren eingehoben werden, den Bestimmungen der Warenumsatzsteuerordnungen nicht unterliegen, da diese öffentliche Verwaltungstätigkeit nicht in der Absicht der Erzielung von Einnahmen vollzogen wird. 2.) Für den Fall, daß das Bundesministerium für Finanzen wider Erwarten dieser Anschauung nicht beitreten sollte, in welcher Hinsicht die Gemeinden sich alle gesetzlich zulässigen Schritte vorbehalten, werden einzelne Gesuche von Gemeinden, die wegen Befreiung dieser Verwaltungstätigkeit im Sinne der Warenumsatzsteuerordnung eingebracht werden, seitens der Organe der Bundesfinanzverwaltung im Sinne der Ausführungen des Städtebundes im weitestgehenden Maße Berücksichtigung finden. 3.) Die von den Gemeinden getätigten Verkäufe ihrer in der Gemeindegewirtschaft nicht mehr benötigten Warenvorräte, Materialien und dergl. gelten als Warenumsatzsteuer

frei, da es sich bei diesen Verkäufen um keine selbständige, gewerbliche oder berufliche Tätigkeit der Gemeinden handelt. 4.) Die von den eigenen Produktionsstätten der Gemeinde, gleichviel in welcher rechtlichen Form sie betrieben werden, an die Gemeinde selbst getätigten Lieferungen und Leistungen, sind auf Grund der bereits bestehenden gesetzlichen Bestimmungen als Entnahmen für eigene Zwecke gemäss § 1, Abs. 2 der Warenumsatzsteuerordnung der Warenumsatzsteuer nicht unterworfen. 5.) Für den Fall, daß Gemeinden oder Gemeindebetriebe mit einem mehr als 1 Prozent betragen Phasenspauschale belegte Rohstoffe unmittelbar bei den Erzeuger oder im Wege des Importes behufs unmittelbaren Gebrauches oder Verbrauches beziehen, wird ihnen die über ein Prozent hinausgehende Warenumsatzsteuer gegen vielfältige jährliche Abrechnung seitens der Finanzverwaltung des Bundes rückvergütet. 6.) Die Regierung wird aufgefordert, im Wege einer Nachtragsverordnung zur Warenumsatzsteuerordnung die Lieferungen und Leistungen der seitens der Gemeinden betriebenen Gas- und Elektrizitätswerke von der Warenumsatzsteuer zu befreien.

Bürgermeister Dr. Stingl (Krems) beantragte, daß der Städtebund an die Gemeinden Formulare aussenden soll, in denen ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß bei Ansuchen der Gemeinden um Befreiung von der Warenumsatzsteuer die Rechtsverwahrung zu betonen ist.

Bürgermeister Preis (Salzburg) führte aus, daß die Gemeinden nicht die Absicht haben, das Wiederaufbaugesetz in seiner Durchführung zu erschweren. Es müssten aber solche Gemeindebetriebe, bei denen es von vorneherein feststeht, daß sie nicht auf Gewinn berechnet sind, von der Warenumsatzsteuer befreit werden.

Bürgermeister Muchitsch (Graz) teilte mit, daß die Gemeinden schon aus dem bloßen Friebe der Selbsterhaltung diese Forderungen stellen müssen. Die finanzielle Lage der Gemeinden hat sich ungemein verschlechtert und sie wird im Jahre 1924 noch trostloser werden. Er beantragte daher, daß der Städtebund sich auch an die Nationalräte der Industriebezirke und Städte mit dem Ersuchen wenden möge, die Aktion des Städtebundes durch eine Parallellaktion im Nationalrat zu unterstützen.

Bei der Abstimmung werden alle Anträge einhellig angenommen und beschlossen, eine ausführlich begründete Eingabe dem Finanzminister durch eine Abordnung überreichen zu lassen. In diese Abordnung wurden Vizebürgermeister Emmerling (Wien), Bürgermeister Preis (Salzburg) und Vizebürgermeister Palka (Wiener Neustadt) gewählt.

Nachdem noch Anträge über die Befreiung der Kosten der öffentlichen Beleuchtung von der Erwerbssteuer über die gesetzliche Festlegung eines Aufteilungsschlüssels der Bankenumsatzsteuer zwischen Bund, Ländern und Gemeinden einstimmig angenommen worden waren, wurde beschlossen, auch diese Anträge dem Finanzminister zu überreichen.

Nachdem noch Stadtrat Speiser (Wien) über die Festsetzung des Beitrages der Mitgliedsgemeinden an den Städtebund referiert hatte, schloß Vorsitzender Bürgermeister Reumann mit Dankesworten an die aus fast allen Bundesländern erschienenen Gemeindevertreter die Tagung.

Übertretung des Mietengesetzes. Der Vorsitzende der Mietkommission bei dem Bezirksgerichte Favoriten hat Frau Albine A. zu einer Geldstrafe von 100.000 Kronen, eventuell 48 Stunden Arrest verurteilt, weil sie Ende März d.J. versucht hat, für die Ueberlassung der Mietrechte ihrer Wohnung einen Betrag von mindestens 6 Millionen Kronen zu erhalten. Dieses Straferkenntnis ist bereits rechtskräftig geworden und es wurde auch die Wohnung durch das Wohnungsamt angefordert.

148

Die Vertreter des Städtebundes beim Finanzminister. Heute Vormittag erschienen im Auftrag des großen Ausschusses des Deutschösterreichischen Städtebundes beim Bundesfinanzminister Dr. Kienböck eine Abordnung bestehend aus Vizebürgermeister Emmerling und Sekretär Honay von der Geschäftsleitung des Städtebundes und Bürgermeister Freis (Salzburg) und Vizebürgermeister Palka (Wiener Neustadt), die dem Finanzminister über die Forderung der Städtevertreter berichtet und ihm eine ausführliche schriftliche Darlegung über die Wünsche der Gemeinden betreffend die Warenumsatzsteuer, die Befreiung der Kosten der öffentlichen Beleuchtung von der Erwerbsteuer und die gesetzliche Festlegung des Aufteilungsschlüssels für die Bankenumsatzsteuer überreichte. Nach einer längeren Aussprache erklärte der Finanzminister, daß er die Wünsche der Gemeinden bezüglich der Warenumsatzsteuer ernstlich prüfen und nach Tunlichkeit berücksichtigen werde. Ungeheim schwierig sei die Frage der Befreiung der Kosten der öffentlichen Beleuchtung von der Erwerbsteuer zu lösen. Eine solche Befreiung würde das System der Erwerbsteuer durchbrechen. Was die Festlegung eines gesetzlichen Aufteilungsschlüssels des Ertragnisses der Bankenumsatzsteuer anlangt, erklärte der Minister, daß er den Wünschen der Gemeinden in dieser Hinsicht nicht ablehnend gegenüberstehe.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 16. Mai 1923.
um 4 Uhr nachmittags

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Über das Investitionsprogramm der städtischen Unternehmungen berichtet VB. Emmerling, der folgendes ausführt: Die Gemeinde hat vor drei Monaten 87 Milliarden für neue Arbeiten bewilligt. Davon waren 60 Milliarden für Wohnbauten und der Rest für die Ausgestaltung der einzelnen Unternehmungen bestimmt. Es sollten diese Summen ein Beitrag der Gemeinde zur Linderung der Arbeitslosigkeit sein. Es ist bereits der größte Teil dieser Arbeiten in Auftrag gegeben worden. Leider hat die Zahl der Arbeitslosen in Wien nur einen ganz geringfügigen Rückgang aufzuweisen, weshalb die Gemeinde nunmehr abermals ein Notstandsprogramm heute vorlegt. Dieses neue Programm umfasst weitere Arbeiten im Gesamtkostenausmaß von 78.2 Milliarden Kronen für Arbeiten in den städtischen Unternehmungen. Davon entfallen auf die Strassenbahnen 19.5 Milliarden, die dazu verwendet werden, um den Betrieb auszugestalten. Es werden umfangreiche Gleisarbeiten, Hochbauten, ein Autobusverkehr in der Inneren Stadt, der mit einem Uebersteigverkehr von der Strassenbahn verbunden sein wird und Ausgestaltungen in den Werkstätten durchgeführt werden. Die städtischen Elektrizitätswerke steuern zu diesem Programm 32 Milliarden bei, wovon 12 Milliarden für den Ankauf von 25.000 Zählern verwendet werden. Es wird dadurch möglich sein, die pauschalierten Leitungen, deren Zahl gegenwärtig fast 30.000 beträgt, restlos mit Zählern auszustatten. Ausgebaut wird ferner das Gebäude für die Transformatorstation Leopoldau, das Kabelnetz und das Kesselhaus in Ebenfurth. Dort werden auch neue Wohngelegenheiten für unsere Bediensteten geschaffen. Die Gaswerke sind mit 23.9 Milliarden an dem Programm beteiligt. Es werden 15.000 Gasmesser angeschafft, das Hauptrohrnetz ausgestellt, die Kohlenförderungsanlage des Werkes Leopoldau ausgebaut und eine Generatorenanlage modernisiert. In dieser Summe ist auch ein Betrag von 5 Milliarden für die Vergrößerung der öffentlichen Beleuchtung enthalten und es wird uns bis zum Herbst gelingen, die stark gedrosselte Straßenbeleuchtung den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend zu verbessern. Die Lagerhäuser beteiligen sich mit 1 Milliarde an diesem Notstandsprogramm und werden und werden ihre Speicheranlagen vergrößern.

Mit 1.7 Milliarden ist das städtische Brauhaus beteiligt, das in Rannerdorf eine Reihe von Wohnungen für Arbeiter und Beamte errichtet wird, wodurch der Wohnungsmarkt in Wien eine Entlastung erfährt. Von den 78 Milliarden werden 41.6 Milliarden durch Zuschußkredite aus Anleihekrediten gedeckt, 3.2 Milliarden auf den Erneuerungsfond bei der Strassenbahn verwiesen und 27.7 Milliarden auf Betriebsmitteln gebucht. Der letzte Betrag wird die Unternehmungen nicht für ein Jahr belasten, sondern bis zum 31. Dezember 1924 verteilt. Die restlichen Beträge sind im Voranschlag für das laufende Jahr bedeckt. Die Gemeindeverwaltung hat damit ein weiteres Stück Wiederaufbauarbeit in Wien geleistet. Wir können freilich nicht sagen, daß wir durch dieses Notstandsprogramm die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigen werden, dazu ist die Stadt allein nicht stark genug, aber wir können feststellen, daß wir unseren Teil zur Linderung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. (Beifall).

GR. Zimmerl (chr.-soz.): Wir werden für den Antrag stimmen, weil mit dieser Vorlage unsere Anträge, Anregungen und Wünsche endlich wenigstens teilweise zur Durchführung kommen. Wenn die Mehrheit heute in einer Art Geberrolle erscheinen will, so muß darauf verwiesen werden, daß in früherer Zeit erartige Arbeiten und Bestellungen, wie sie im Investitionsprogramm aufgezählt sind, laufend vergeben worden sind. Es waren einige hunderte Unternehmungen, Gewerbetreibende und Industrielle mit Gemeindeaufträgen fortlaufend beschäftigt und dadurch hat auch zehntausende Arbeiter ein lohnendes Einkommen. Unter der gegenwärtigen Herrschaft ist trotz jahrelanger sehr hoher Tarife mit den Bestellungen zurückgehalten worden, auf manchen Gebieten wurde gar nichts unternommen und dadurch wurde die Arbeitslosigkeit mit verschuldet. Das traurige Schicksal der Arbeitslosen wird durch diese Methode zu einer widerlichen Reklame für Parteizwecke mißbraucht, eine Geschmacklosigkeit größter Art. Seit Wochen marschieren in den Zeitungen Ziffernkolonnen auf, von denen immer wieder gesagt wird, daß sie zu Investitionszwecken dienen. Jeder Beschluss wird zwanzigmal veröffentlicht, so daß es den Anschein gewinnt, als ob es sich jedesmal um neue Aufwendungen handle. Die Regie ist außerordentlich geschickt und der Regisseur hätte das unleugbare Talent, Reklamechef beim Zirkusunternehmen Barnum und Beley zu sein. Ein Beispiel dieses unfairen Vorgehens ist die großartig angekündigte Beteiligung der Gemeinde Wien am burgenländischen Bahnbau Friedberg-Pinkafeld, von der die Arbeiterzeitung gestern berichtete, wobei sie schrieb, daß der Bund nichts leiste. Nun kostet dieser Bahnbau 42 Milliarden, und 40 Milliarden gibt der Bund dazu her (Hört! Hörtrufe bei den Christlich-sozialen), nur wird verlangt, daß die unmittelbar Beteiligten die Restsumme von 2 Milliarden aufbringen. Davon leistet die Gemeinde Wien ganze 200 Millionen. Wenn eine solche geringe Beteiligung als besondere Leistung der Gemeinde Wien in die Öffentlichkeit hinausposaunt wird, so ist für eine solche Reklame der schärfste ordinärste Ausdruck gerechtfertigt. Bei den Investitionen für die Strassenbahnen werden Posten aufgezählt für geradezu lächerliche Anschaffungen, beispielsweise ein Federnhammer, eine Bohrmaschine u. dgl., die in jedem mittlern gewerblichen Betriebe gebraucht und selbstverständlich bei Bedarf angeschafft werden. Es fehlte nur noch, daß in dem Programm auch 10 kg Schmieröl und der Ankauf von Fetzen aufgezählt würden. Die Wiedereinführung des Kraftstellwagenverkehrs ist gleichfalls eine Selbstverständlichkeit, denn dieser Verkehr wurde seinerzeit ohne zwingenden Grund eingestellt. Dabei ist von einer Betriebsverbesserung bei den Strassenbahnen und von der Erlassung des Ueberfüllungsverbotes keine Rede. Die Anschaffung von 25.000 Elektrizitätszählern ist gewiß nützlich, aber gleichfalls keine außergewöhnliche Leistung, weil ohne Not jahrelang das System der Pauschalierung fortgeschleppt wurde. Ähnliches ist von der Bestellung der 15.000 Gasmesser zu sagen. Eine Ueberschrift im Programm lautet: Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung. Diese Ueberschrift ist falsch. Sie sollte richtig heißen „Wiedereinführung der öffentlichen Beleuchtung“, denn bis lang herrscht in den Strassen & zur Nachtzeit ägyptische Finsternis. Das Investitionsprogramm enthält

also nichts als notwendige Ergänzungen und kleine Betriebsverbesserungen. Die in anderen Gemeinden als Kurrentarbeiten beantragt werden.

Von dem Gesamtaufwand für Investitionen fehlt für 124 Milliarden noch die Bedeckung. Ist sie nicht vorhanden, dann wird sich die Durchführung des Investitionsprogrammes auf eine sehr lange Zeit erstrecken müssen, man kann als nicht von einem Notstandsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sprechen, das ganze wäre einfach ein Pluff. Sind aber die Mittel vorhanden, dann erscheinen die Behauptungen der Opposition in der Budgetdebatte heute vollends bestätigt. Wir behaupteten damals, dass die Eingänge absichtlich zu niedrig angesetzt wurden und dass die Ausgabenseite ungeheuer gedrosselt worden ist. Durch diesen Trick hat sich die Mehrheit die Möglichkeit für diese jetzt großzügig eingeleitete Reklame geschafft. Großzügig war die Mehrheit im Verwahrlosen der Strassen und der ganzen Stadt. Jetzt wird die Auslandspresse zur Besichtigung Wiens eingeladen und deren Vertreter sollen sechs Wochen die großen Werke der Unternehmungen gezeigt werden. Da wären die Veranstalter als Schlussummer eine Besichtigung des Kobenzl zu empfehlen, wo die Büste des Dr. Karl Lueger steht. Zu dieser Büste soll man die ausländischen Journalisten führen und ihnen sagen: Was sie in den sechs Wochen gesehen haben, diese Werke, welche Wien zu einer modernen Weltstadt gemacht haben, sind unter dem Regime dieses Mannes geschaffen worden. (Beifall bei den Christlichsozialen). Die Mehrheit hat uns durch ihre Reklame und ihr Verhalten zu dieser Abrechnung herausgefordert. Was sie jetzt treibt, ist nichts anderes als Wahlpropaganda auf Kosten der Gemeinde. (Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Doppler (chr.-soz.) bringt einige Wünsche und Beschwerden vor, u. a. verlangt er eine Strassenbahnverbindung zwischen dem IX. Bezirk und Hütteldorf, die Weiterführung der Strassenbahnlinie von Hütteldorf bis Weidlingau, die Wiedereröffnung der Haltestelle beim Aufgang zum Schafberg in Dornbach und die Wiedereinführung des Ueberfüllungsverbotens auf den Strassenbahnen. Auf seine Anfrage an den Bürgermeister wogender letzteren Angelegenheit habe ihn der Bürgermeister einfach einen Bericht der Strassenbahndirektion geschickt, der mit leeren Ausflüchten die Wiedereinführung des Ueberfüllungsverbotens als derzeit unmöglich bezeichnet. Man müsse den Mut aufbringen wieder ordentliche Verhältnisse zu schaffen. Solange das nicht geschieht, wird in der Öffentlichkeit über die Verwaltung der Stadt Wien nur eine Stimme der Kritik sein: Viel Lärm um nichts!

GR. Körber (chr.-soz.): Wir haben wiederholt gefordert, dass die Straßen im II. Bezirk ausgebessert werden. Jetzt endlich wurde die Vorartenstrasse teilweise makadamisiert und nun wird berichtet, dass durch diese Strasse die Strassenbahnlinie von Santa Lucia-Platz geführt werden soll. Es mag also das neue Pflaster wieder aufgerissen werden, damit die Schienen gelegt werden können. Das liege sich vermeiden, wenn die neue Linie durch die Engerthstrasse geführt werden würde, wozu noch kommt, dass in der Vorgartenstrasse der Marktplatz ein großes Hindernis für diese neue Linie bildet. Bei den Investitionen des Gaswerkes mag festgestellt werden, dass die Verwendung des Gases zu Heizzwecken immer mehr zurückgeht, weil durch die Verwertung der Nebenprodukte das Gas einen großen Teil seiner Heizkraft eingebüsst hat, so dass es teuer ist, dies zeigt sich am deutlichsten im Bäckereigewerbe, das von der Gasheizung zur Kohlenheizung übergegangen ist. Schliesslich wäre es höchste Zeit, wenn die Ueberfüllung der Strassenbahnwagen durch eine Verdichtung des Verkehrs gelindert werden würde, weil sie sich sonst den Dank aller Taschendiebe erwerben werden.

GR. Müller (chr.-soz.) verlangt, dass anlässlich der Verbreiterung der Altmannsdorferstrasse dort auch ein zweites Gleis der Strassenbahn gelegt werden soll. Ferner wäre der Ausbau der Strassenbahn bis Atzgersdorf wegen der grossen Inanspruchnahme des Südwestfriedhofes ein Gebot der Notwendigkeit. Wie in Meidling berichtet wird, soll in der Flurschützgasse ein Altmateriallagerplatz der Strassenbahn errichtet werden, da sich dort eine große Schule befindet, wäre die Errich-

tung dieses Platzes dort kaum zweckdienlich zu nennen.

GR. Holabek (chr.-soz.) teilt mit, dass die Direktion der Strassenbahn den Bau der Krottenbachlinie mit einem Kostenerfordernis von 20 Milliarden berechnet. Es liegt die Vermutung nahe, dass es sich hier nur um eine Hausnummer handle und ebensogut ein Betrag von 80 Milliarden genannt hätte werden können, weshalb beantragt wird, dass die Strassenbahndirektion vom Gemeinderat den Auftragerhalten soll, ehestens einen genauen Bericht über die Kosten des Baues dieser Linie dem Gemeinderat vorzulegen. Redner beantragt weiters, dass die im Krieg aufgelassene Haltestelle der Linie 41 beim Kutschkerpark wieder eingeführt werden soll.

GR. Schmölzner (chr.-soz.) bemängelt die schlechte Beleuchtung der Strassen, die zu den Behausungen der Simmeringer Gärtner führen. Die Strassenbahndirektion nehme bezüglich der Führung der Linie 73 bis zur Linie 6, die hier wiederholt verlangt worden ist, einen ganz merkwürdigen Justamentstandpunkt ein, obwohl es sich hier zum grossen Teile um Arbeiter handelt, die durch diesen Standpunkt schikanisiert werden. Es müsse doch endlich einmal diese Linie ausgebaut werden.

GR. Reininger (chr.-soz.) tritt für eine Strassenbahnverbindung zwischen der Augarten- und Brigittabrücke über die Rossauerländer ein und wünscht die Verbesserung der Strassenbeleuchtung im IX. Bezirk.

GR. Walter (chr.-soz.) beantragt, die Strassenbahndirektion möge die Schaffner anweisen, bei Verunreinigung der Strassenbahnwagen durch Fahrgäste nach den bestehenden Vorschriften zu handeln und den Schuldtragenden eine hohe Reinigungsgebühr vorzuschreiben.

GR. Paulitschke (chr.-soz.) beantragt die Weiterführung der Strassenbahnlinie von der Endstation der Ottakringerstrasse nach dem Liebhartstal und die Inbetriebsetzung der elektrischen Beleuchtung in den Hauptverkehrsstrassen, wo sich Masten mit Bogenlampen befinden.

GR. Breitner (Soz. Dem.): Unser innigstes Mitgefühl wendet sich der christlichsozialen Opposition zu. Wir sehen das seltsame Schauspiel, dass eine Opposition sich alle Mühe geben muss, die Leistungen der Mehrheit herabzusetzen, ohne dass ihr das gelingt, weil die Vergleichsobjekte doch zu nahe liegen. Diese Opposition nahm schon seit Ende 1918 an der Regierung teil und ist jetzt mit den Grossdeutschen selbst an der Regierung, so dass wir in der Lage sind, hier Vergleiche zu ziehen. Das Urteil hierüber können wir der Bevölkerung ruhig überlassen. GR. Zimmerl hat gesagt, dass wir die Steuern im Voranschlag zu niedrig eingesetzt haben und jetzt mit zwei sehr schönen Notstandsprogrammen kommen. Selbstverständlich waren wir bei der Einsetzung der Steuern sehr vorsichtig. Es gibt keine Finanzverwaltung, die anders gebaren würde. Gewiss hätten wir die Steuern höher taxieren können, aber das Wesentliche an der Sache ist doch, dass wir jetzt diese Leistungen vollbringen, ohne Steuererhöhungen either vorgenommen zu haben, Leistungen, wie sie zu Zeiten des tiefsten Friedens von der früheren Verwaltung nicht vollbracht worden sind. Zeigen Sie uns in ihren früheren Leistungen den Bau eines Riesenbades in Favoriten, in Meidling, in Ottakring, Sonnenbäder im Krapfenwaldl, eine ganze Reihe von Vergrösserungen in allen Sommerbädern. Zeigen Sie uns ein einziges Beispiel in ihren Voranschlägen auf dem Gebiete des Wohnbaues, ob sie für Wohnhausbauten nur fünf Kronen eingesetzt haben. Sie haben sich damit begnügt, die private Spekulation schalten zu lassen und sie durch ihre Bauordnung unterstützt. Die Wohnungsnot ist nicht von heute, sie bestand auch früher in anderer Form, weil die Wiener Bevölkerung zu mehr als 90 Prozent immer in der elendsten Weise gewohnt hat. Geben Sie das Mieterschutzgesetz wie jetzt von Seite der Hausbesitzervereinigungen gefordert wird, auf, lassen Sie das Ziel ihrer Wünsche zur Tat werden, dass das fünfzehntausenfache des Friedenszinses eingeführt wird und sie werden in Wien 50- bis 80.000 Leerwohnungen haben, weil die Menschen sich infolge der grässlichen Not sich noch mehr werden zusammendrängen müssen und das Bettgebertum noch grösseren Umfang annehmen wird, als früher. Von all diesen Problemen haben Sie in

Frieden nichts gewusst. Sie haben sich nicht darum gekümmert, daß dieses Wohnland eine der Hauptursachen der Tuberkulose ist. Was haben Sie für Tuberkulosefürsorge geleistet? Verschwindend kleine Arbeit, während wir in wenigen Wochen 2000 Tuberkulosebetten haben werden. Das ist immerhin eine Leistung, auf die man hinweisen kann. Es ist zu einer förmlichen Manie geworden, die Leistungen der Gemeindeverwaltung herunterzusetzen und zu sagen, daß wir alles nur mit Hilfe des Bundes vollziehen, daß wir Schmarotzer des Bundes sind. Mitglieder des Gemeinderates halten es nicht gegen ihre Pflicht, einen solchen förmlichen Feldzug gegen die Gemeinde zu führen, mit falschen Ziffern oder gar, da man doch nicht die völlige Unkenntnisse der Verhältnisse bei Ihnen annehmen darf mit wesentlich falschen Ziffern. Es ist gesagt worden, daß der Bund zu den Personallasten der Gemeinde 70 Prozent beiträgt und weiterhin 50 Prozent beizutragen haben wird. Ich stelle fest, daß der Bund heuer für die Lehrer und Pensionisten die Gehalte 33 Prozent beiträgt, im nächsten Jahre 16 Prozent beitragen wird, zu den übrigen Personallasten 56 Prozent, im nächsten Jahre nur 23 Prozent und nicht 70, wie behauptet wird.

Es wird völlig verschwiegen, daß die Gemeinde Wien ganz außerordentlich wertvolle Rechte preisgegeben hat, das Zuschlagsrecht zu den Getränke-, Erwerb und Einkommensteuern, daß wir die Luxuswarenabgabe dem Bunde übergeben müssen, es wird nicht davon gesprochen, daß wir die Bankumsatzsteuer konstruiert haben, auch nicht davon, daß alle übrigen Länder und Gemeinden in gleicher Ausmasse wie Wien die vorerwähnten Begünstigungen genießen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir die Geschäfte im übertragenen Wirkungskreise führen, während draußen in den Bundesländern die ehemaligen Statthaltereibeamten auf Kosten des Bundes bezahlt werden, und daß der Aufwand für die Landesregierungen vom Bund getragen wird. Wir haben also vom Bund nicht mehr bekommen, als uns gebührt, nicht mehr als beispielsweise Tirol oder Vorarlberg und ich möchte einen Vertreter dieser Länder sehen, deren öffentlichen Versammlungen darüber Beschwerde führt, daß sein Land, seine Gemeinde zu sehr begünstigt werde.

GR. Hedorfer (Soz. Dem.): Herr Rummelhardt, schreiben Sie sich das hinter die Ohren.

GR. Breitner: Dabei ist zu beobachten, wenn irgend jemand Anspruch erheben darf auf einen Anteil an den Bundessteuern, es gerade die Stadt Wien ist, da sie 80 Prozent aller Bundessteuern aufbringt. Die Anteile, die in die Länder wandern, betragen nicht 50 Prozent, sondern eher 100 Prozent. Ich muß feststellen, daß die Christlichsoziale Partei es gewesen ist, die eben dieses Bundesfinanzgesetz beschlossen hat, daß man jetzt zum Gegenstand wieder Kritik macht. Wir sind ohneweiters bereit, auf sämtliche Vorteile des Wiederaufbaugesetzes zu verzichten und unsere Parteifreunde im Nationalrat würden dafür eintreten, wenn uns unsere alten Rechte wieder gegeben werden, wenn wir die Möglichkeit haben, die früheren Zuschläge einzubeheben, sowie die Luxusabgabe. Wir erfreuen uns also ganz und gar nicht einer besonderen Fürsorge des Bundes. Blicken Sie nach Niederösterreich und zeigen Sie uns dort ein entsprechendes Aufbauprogramm, zeigen Sie uns die Wohnungen, die vom Lande Niederösterreich gebaut werden. Der große Fürsorgeapparat, den wir übernommen haben, ist von uns nicht geschwächt, sondern erweitert worden. Wir haben die Schulausspeisung aus eigener Kraft fortgeführt und darauf verzichtet dem Ausland gegenüber gleichzeitig als Kritiker und Strassenbettler aufzutreten, wie es uns von der Minderheit zugemutet wird. Es hat eine Zeit gegeben, in der diese Auslandsfürsorge eine unbedingte Notwendigkeit war, in der es nicht eine Frage des Geldes der Besteuerung gewesen ist, ob man Mehl bekommt, sondern wo durch die Einfuhrverbote Verkehrsbeschränkungen Lebensmittel nur durch die ausländische Flagge ins Land gelangen konnte. Wie erinnern uns mit größter Dankbarkeit daran die unvergesslichen Leistungen Amerikas, Hollands, Schwedens, der Schweiz und

andere Länder, wir glauben aber, daß es ein verhängnisvoller Fehler wäre, diese Bettelei zu einem System zu erheben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Ich verstehe die Dankungsweise von Menschen nicht, die vorgeben aus eigener Kraft den Staat retten zu wollen und dabei Betteln gehen. Sie lassen ihre Universität einstürzen, Betteln um Bisher im Ausland und verlangen dann, daß dieses Ausland ihnen Kredite gibt. Stellen Sie sich vor, daß an irgendeiner Straßenecke ein Bettler steht, von dessen Bedürftigkeit Sie derart überzeugt sind, daß Sie ihm täglich ein Almosen geben. Dieser Bettler würde nun Ihnen den Vorschlag machen, mit ihm eine Geschäftsverbindung einzugehen. Ich bin überzeugt, daß Sie diesen Menschen entweder für einen sehr frechen oder sehr dummen Bettler halten würden. (Großer Lärm)

GR. Angermayer (chr.-soz.): Ihre destruktive Politik hat den Zusammenbruch herbeigeführt und uns zu Bettlern gemacht.

GR. Danneberg (Soz. Dem.): Sie haben bei Kriegsbeginn Fackelzüge veranstaltet und den Krieg verherrlicht. Ihre Partei ist an dem Elend schuldig.

GR. Breitner: Ich glaube kaum, daß Sie zu behaupten wagen werden, daß in den Augusttagen 1914 die Sozialdemokraten geherrscht haben. Die Bevölkerung hat ja im allgemeinen ein schlechtes Gedächtnis und es ist der furchtbare Jammer des Krieges, den der hohe Klerus gesegnet hat, um der über Wiens gekommen ist, scheinbar schon vergessen, denn sonst hätte dieses Wien der Schauplatz der grauhaftesten Rache werden müssen. Wenn Sie aber glauben, daß das Gedächtnis der Bevölkerung so schlecht ist, daß sie vergessen wird, wer den Krieg entfesselt hat, dann geben Sie sich einer großen Täuschung hin.

Es ist wohl noch in allgemeiner Erinnerung, wie diese Gemeindeverwaltung von Ihnen übernommen haben. Es waren nicht einmal mehr die Mittel zur letzten Gehaltsauszahlung vorhanden. Ihr Bürgermeister Weiskirchner wollte 40 Prozent der Gaswerke an die Länderbank verkaufen, die Unternehmungen waren herabgewirtschaftet und in den städtischen Anstalten alle Vorräte aufgezehrt. Die Strassenpflasterung waren in einem grauhaften Zustand. Und wenn es uns trotzdem möglich war, diese furchtbaren Schäden zu beheben, dann ist das nicht eine Wirkung der Seipelsanierung denn ^{wenn} wir erst begonnen hätten, als die Bundesanierung einsetzte, dann würden wir heute genau dort stehen, wo Herr Dr. Kienböck mit einer Sanierung steht. (Beifall). Diese Sanierung hat uns nichts anderes gebracht als 100.000 Arbeitslose, viele tausende Kurzarbeiter und den Abbau aller sozialen Errungenschaften. Sie hat uns einen stabilisierten Kronenkurs und eine Erhöhung der Warenpreise um ein Fünftel gebracht. Auf diese Art werden Sie uns ^{bald} zu Tode saniert haben.

Wir können es also durchaus verstehen, daß Sie heute in einer sehr gereizten Stimmung sind. Das süße Brot der Opposition, wie sich Herr G. Kunschak am 23. Mai 1919 in dieser Saale ausgedrückt hat, scheint ihnen jetzt sehr bitter geworden zu sein, fast genau so bitter, wie das Brot der Mehrheit im Nationalrat. Es ist wahr, daß wir ein hartes Stück Arbeit vollbringen mußten, daß wir unsere Popularität oft aufs Spiel gesetzt haben, um diese Stadt vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Wir haben es als unsere Pflicht erachtet, das Volksinteresse über das Parteiinteresse zu stellen. Wir haben diese Verwaltung mit einem Angestelltenkörper übernommen, ~~um~~ den Sie sich ausschliesslich aus Parteianhängern zusammengestellt haben. Wir haben aber dennoch vom ersten Tage unserer Verwaltung an eine strenge Anstellungssperre verfügt, weil wir uns klar geworden sind, daß die arme Gemeinde Wien auch bei einer Vergrößerung ihrer Aufgaben einen grösseren Verwaltungsapparat nicht verträgt. Erst als uns der Bund die ursprünglich bis zum Jahre 1926 zugesagten Personalausschüsse schon mit dem Jahre 1924 begrenzte, mußten wir eben als eine der segensreichen Wirkungen Ihrer Sanierung einen grösseren Abbau von Angestellten durchführen. Aber auch dieser Abbau war ein ausschliesslich freiwilliger. Wir stellen auch mit Befriedigung fest, daß wir

nicht das Opfer Ihrer Demagogie geworden sind, denn als im Jahre 1919 der Strassenbahntarif von 30 auf 60 Heller erhöht werden musste, hat GR. Vaugoin gegen diese Erhöhung protestiert und verlangt, daß wir zur Deckung des Defizits eine große Anleihe aufnehmen sollten. GR. Dr. Kienböck, der heutige Bundesfinanzminister hat sich damals diesem glibberigen Vorschlage angeschlossen und sie können sich lebhaft vorstellen, wie die Gemeinde aussehen würde, wenn Sie sich von dieser Demagogie einfangen hätte lassen. Wir haben keine gedankenlosen Erhöhungen der Tarife, sondern ~~wenn~~ wohl durchdachte Regulierungen vorgenommen. Dafür haben wir heute die Befriedigung, daß wir dieses Stück Sanierung bis zu einem sehr wichtigen Masse vollbracht haben. Die Sanierung der Gemeinde kann sicherlich nicht mit der Stabilisierung der Krone im engsten Zusammenhang gebracht werden.

Im Gegenteil, sie wird immer mehr gefährdet durch den positiven Index, der uns jetzt jeden Monat an den Kopf geworfen wird. Das, was Sie hier in diesem Saale sprechen ist ganz und gar nicht entscheidend. Entscheidend ist, das Urteil, das sich die Bevölkerung selbst über unsere Gemeindeverwaltung bildet. So ist aller Ärger der Opposition nur ein Ansporn für uns, auf diesem Wege fortzuschreiten. Wir erachten es als unsere Pflicht, die grauenhaften Folgen des Krieges, an den die Sozialdemokratische Partei unschuldig ist, mit aller Tatkraft zu beseitigen. So werden wir diese Stadt einer besseren Zukunft entgegenführen. (Langanhaltender Beifall)

GR. Feldmann (deutschnational) verlangt gleichfalls den Bau der Krottenbachlinie und wünscht, daß die Linie F verlängert werden soll. Er bemängelt ferner, daß bei den städtischen Bauten den Architekten für die Ausarbeitung der Projekte nur fünf Tage Zeit gelassen werden. Das sei viel zu kurz und es sehe fast so aus, als ob diese Arbeiten schon im Voraus vergeben worden sind. Schliesslich verlangt er noch eine Vermehrung der öffentlichen Uhren.

GR. Zimmerl (chr. soz.): Es ist uns heute wiederholt gesagt worden, daß wir sehr nervös wären. Ich stelle fest, daß dies nicht der Fall ist. Sie sollten sich darüber freuen, daß die Sanierungsaktion des Bundeskanzlers gekommen ist und nicht eine Art Landesverrat dagegen betreiben. Die Gemeinde Wien hat gar noch so viel Steuerrechte dem Bund abgetreten. Sie bekommt sogar die Luxuswarenabgabe, die jetzt der Bund einhebt, reichlich rückvergütet. Wenn hier auf die Tätigkeit der Gemeinde bezüglich der Tuberkulosenfürsorge verwiesen worden ist, so könnten wir hier acht Tage lang darüber reden, was die christlichsoziale Gemeindeverwaltung in den 20 Jahren ihrer Tätigkeit geleistet hat. Wir könnten anführen, daß wir das Jubiläumspital, den Steinhof, das Zentralkinderheim und das Versorgungshaus gebaut haben. Hätten wir aber, über jede Bohrmaschine, die wir ankaufen, eine so lange Rede gehalten, wie Sie das jetzt tun, dann wären wir zu einer wirklichen Tätigkeit überhaupt nicht gekommen. Ueberlassen Sie die Feststellung, wer die Schuld am Weltkrieg hat, ruhig den Berufenen. Ueberlassen Sie jenen, die berufen sind, die Tatsachen festzustellen, die zum Kriegsausbruch geführt haben. Ich stimme mit dem Finanzreferenten vollkommen überein: Wir können es ruhig der Bevölkerung überlassen, ob sie mit dieser Gemeindeverwaltung einverstanden ist. Wir sehen ruhig dem Tage entgegen, wo die Bevölkerung ihren Urteilspruch ^{Christlich-} fällen wird. (Beifall bei den ^{Christlich-} sozialen).

GR. Motzko (chr. soz.) verweist auf die Leistungen der christlichsozialen Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Spitalspflege, des Fürsorgewesens und erklärt, daß der Bund zur Bekämpfung der Tuberkulose viel getan habe. Die Heilstätte Grimenstein sei vom Bund durchaus nicht aufgelassen, sondern dem Roten Kreuz übergeben worden und dieses habe die Anstalt vorübergehenden zu Adaptierungszwecken geschlossen. Der Bund gebe noch heute für den Betrieb von Grimenstein eine Subvention von 500 Millionen Kronen. Die Lungenheilstätte Spinnerin am Kreuz wurde der Gemeinde ohne Entgelt überlassen. Die Gemeinde habe sich gegen die Uebernahme des Personals

gewehrt, so daß es entlassen werden musste. Es gebe eine ausgedehnte Säuglingsfürsorgeaktion, damit 23. Null geschlossen werden soll. Der Bund habe der Gemeinde die Uebernahme angetragen, das Anbot wurde aber mit der Begründung abgelehnt, daß die Gemeinde eigene Säuglingsfürsorgestellen betreibe. Man erfährt, daß diese Säuglingsfürsorge in nichts andern bestehe, als daß die Kleinkinder von Zeit zu Zeit abgewogen werden. Mit besonderer Vorliebe verschweige die Gemeindeverwaltung die Tatsache, daß die Gemeinde Wien den Beitrag zum Krankenanstaltsfond mit rührender Beharrlichkeit schuldig bleibt. Wenn darauf hingewiesen wird, daß jetzt die Schulausspeisung von der Gemeinde besorgt werde, so müsse dabei hervorgehoben werden, daß die Schulausspeisung jetzt nur einen kleinen Teil der bedürftigen Wiener Kinder befasst und sich als reine Augenauswischerei darstellt. Die Mehrheit bilde sich viel darauf ein, daß sie sich von Auslande unabhängig gemacht habe, aber der Bürgermeister nehme noch immer von Auslande Millionenspenden entgegen, allerdings ohne die Verwendung und die Höhe dieser Zusendungen genauer anzugeben. Wenn man dem ganzen Investitionsprogramm auf den Grund geht, so sehe man, daß alles nur leere Schaumschlägerei sei.

GR. Karasek (chr. soz.) polemisiert in längerer Rede, wiederholt von ironischen Zwischenrufen der Sozialdemokraten unterbrochen, gegen die Ausführungen des StR. Breitner und bringt schliesslich einige Strassenbahnwünsche vor.

GR. Angeli (chr. soz.) wünscht die Führung der Strassenbahnlinie 36 nach Kahlenbergdorf, er beschäftigt sich dann mit dem Bäderwesen und wirft der Mehrheit vor, daß sie die Preise für die Sommerbäder derart hoch hinaufgeschraubt habe, daß sich Minderbemittelte den Besuch solcher Bäder nicht mehr leisten können.

In seinem Schlusswort verweist VB. Emmerling auf die Leistungen der Gemeindeverwaltung in den abgelaufenen vier Jahren. Die Elektrizitätswerke wurden erart ausgebaut, daß die Zahl der Konsumenten verdoppelt wurde. sämtliche Unterstationen sind erweitert worden und das Bergwerk Zillingdorf hat seine Produktivität von 60 Waggon auf 200 Waggon täglich gesteigert. Von der Ueberlandszentrale wurde ursprünglich acht Prozent Strom nach Wien geleistet, jetzt sind es 40 Prozent. Die Behauptung, daß die Gemeindeverwaltung erst jetzt, wo wir vor Wahlen stehen, etwas mache, ist vollständig falsch. Es sei mit einer Planmässigkeit der Ausbau der städtischen Unternehmungen vorgenommen worden. Während des Krieges wurde von der Strassenbahn das gesamte Kupfermaterial geopfert. Alle übrigen Beschwerden, die meist Bezirkswünsche betreffen, richten sich eigentlich gegen die frühere Verwaltung bis zu einer Zeit, als die Strassenbahn Millionen Goldkronen an Reingewinn abgeworfen hat, diese neuen Linien leicht hätte bauen können. (Beifall).

Bei der Abstimmung wird der Antrag des GR. Feldmann wegen Ausbau der Krottenbachlinie abgelehnt. Die beiden Anträge des GR. Doppler bezüglich Führung einer Linie nach Weidlingau und einer Strassenbahnverbindung mit den westlichen Bezirken werden gleichfalls abgelehnt. Der geschäftsordnungs mässigen Behandlung zugewiesen werden die Anträge der GR. in. Walter wegen Anweisung an die Schaffner zur genauen Einhaltung der Dienstvorschriften und des Gemeinderates Paulitschke betreffend Vermehrung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Antrag des GR. Holoubek, daß bei dem Kutschkerpark eine Haltestelle errichtet werden soll und der Antrag des GR. Paulitschke die Strassenbahnlinie in das Liebhartstal fortzuführen werden abgelehnt. Im übrigen wird die Referentenvorlage genehmigt.

StR. Breitner beantragt sodann die Beteiligung der Gemeinde an den Bahnbau Friedberg-Pinkafeld im Burgenlande mit einem Betrage von 200 Millionen Kronen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

StR. Siegel berichtet eingehend über das zweite Investitionsprogramm aus Gemeindemitteln. Es umfasst einen Gesamtbetrag von 100 Milliarden Kronen, wovon 33 Milliarden für die Errichtung von Wohnhausbauten, 120 Millionen für die Herstellung von Notwohnungen, 16 Milliarden für den Ausbau eines Bades in Favoriten, 80 Millionen für Erweiterungsarbeiten in den Sommerbädern, 1.2 Milliarden für Schulbauten, ^{2.7} / Milliarden für Herstellungen der Amtshäuser, 1.4 Milliarden für Spielplätze, Kindererholungsstätten und Schulzahnkliniken, 1.7 Milliarden für Gartenanlagen, 23.2 Milliarden für Strassenherstellungen, 2.7 Milliarden für den Ausbau von Märkten, 4 Milliarden für die Einführung der Elektrischen Beleuchtung in 18 Schulen und in Amtshäusern, 700 Millionen für den Einbau einer Akkumulatorenanlage im neuen Rathaus, 320 Millionen für die Instandsetzung der öffentlichen Uhren, 210 Millionen für den Ankauf von Strassentafeln, 1275 Millionen für Brückenbauten, 11 Milliarden für die Verbesserung der Strassenbespritzung, 1.2 Milliarden für Schulerfordernisse und 350 Millionen für die Anschaffung von Rechenmaschinen.

Der Referent gibt schliesslich der Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen werde, die technischen Schwierigkeiten möglichst rasch zu überwinden. (Beifall)

Gr. R u m m e l h a r d t (Christ.-soz.) bezeichnet die beiden Notstandsvorlagen als ein Wahlmanöver der Mehrheit, um ihre Unterlassungssünden in den vergangenen vier Jahren zu verhüllen. Er bespricht die einzelnen Posten dieses Programms und erklärt, von zahlreichen Zwischenrufen der Mehrheit unterbrochen, der Finanzreferent würde sich auf diese Arbeiten nicht einlassen, wenn er nicht wüsste, dass die Krone schon stabilisiert ist und stabilisiert bleibt. Wenn der Finanzreferent sich von Zeitungsreportern ausfragen lässt und in die Welt hinausposaunt, was alles geleistet wird, ist das der beste Beweis, dass die Mehrheit an die Seipelsche Sanierung glaubt also reinste Demagogie treibt. Mit den von der Bevölkerung erressten Steuergeldern wurden Arbeiten ausgeführt, die absolut überflüssig sind, wie das Krematorium, hingegen wichtige Arbeiten unterlassen. Man könne jetzt von einem Notstandsprogramm sprechen, das hervorgegangen ist aus der Not, die die Mehrheit selbst verschuldet habe. Ist ist wiederholt gesagt worden, dass die Wiener Bevölkerung ein kurzes Gedächtnis besitzt. Ich glaube aber, dass dieses Gedächtnis nicht so kurz sein kann, dass sie alle ihre Unterlassungen vergessen wird.

Gr. Doppler (christlich.) erklärt, dass die Ausführungen des Referenten eine Selbstanklage waren. Wenn die Christlichsozialen früher auf die Missstände hingewiesen haben, hat derselbe Referent, der sie heute zugegeben hat, dies als bekannte Uebertreibungen hingestellt. (Inzwischen haben sich die christlichsozialen Mitglieder des Gemeinderates aus dem Saale entfernt) Da fast niemand mehr im Saale anwesend ist, beantrage ich, die Auszählung des Hauses vorzunehmen und die Beschlussfähigkeit konstatieren zu lassen.

Vorsitzender Gr. Weigl: Ich unterbreche die Sitzung. Die nächste Sitzung wird für Freitag um 4 Uhr nachmittags einberufen werden.

Schluss der Sitzung um 10 Uhr nachts.